



Protokollauszug
zum BILDUNGS- UND SOZIALAUSSCHUSS

am Mittwoch, 13.11.2024, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Antrag auf Förderung im Rahmen von Dach und Fach: Katholisches Kinder- und Familienzentrum Eden, Hirschbergstraße 77	Vorl.Nr. 256/24
-------	--	-----------------

Beschluss:

Der Förderung der Sanierungsmaßnahme im Katholischen Kinder- und Familienzentrum Eden, Hirschbergstr. 77, wird zugestimmt. Der Träger erhält für die Maßnahme im Haus Abendrot einen Zuschuss in Höhe von bis zu maximal 8.100 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Akin
Stadtrat Braumann
Stadträtin Shoaleh

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es keine Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt, ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf.

Nachdem seitens des Gremiums auf einen Sachvortrag und eine Aussprache verzichtet wird, lässt EBMin **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat stimmt dem Konsolidierungs- und Modernisierungspaket (WIN-LB) für den Haushalt 2025, bestehend aus 23 Einzelmaßnahmen (siehe Anlagen 1 – 23), zu.

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Umsetzung einzelner Maßnahmen notwendige Satzungsänderungen etc. mit entsprechenden Beschlussvorlagen nachzureichen.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Die Beratung ist in der Gemeinderatssitzung am 3./4.12.2024 vorgesehen.

In den Ausschüssen erfolgt eine Aussprache.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** geht auf die Vorlage ein und informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Sie geht insbesondere auf die Einzelmaßnahmen, die das Dezernat II betreffen, ein. Die Haushaltslage sei sehr angespannt, betont sie. Im kommenden Jahr werden weitere Einsparungen folgen. Alle Betroffenen erhielten die Möglichkeit zur schriftlichen Stellungnahme und haben diese weiterhin. Der Verwaltungsvorschlag zur Sophie-Scholl-Schule werde gegebenenfalls geändert, hierzu laufe aktuell die Prüfung einer Weiterentwicklung der Schule.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Das Dezernat II habe viele Sparvorschläge eingebracht, sagt Stadtrat **Medinger**. Er bemängelt, dass ausgerechnet bei Schullandheimaufenthalten und Schüleraustauschen gespart werde. Das Schullandheim sei eine Pflichtaufgabe und wichtig für die Gemeinschaftsbindung und soziale Entwicklung. Der Standardzuschuss sei ein Bekenntnis der Stadt und eine Anerkennung für die Bedeutung. Das Bildungs- und Teilhabepaket beim Jobcenter berge viele Hürden für die Familien. Zuschüsse für die Schüleraustauschmaßnahmen mit den Städtepartnerschaften sollen nicht gestrichen werden. Abschlussveranstaltungen in den Sporthallen seien eine gute Alternative. ASPA werde insbesondere im Kollegium aufgefangen. Er fragt, wie viele Personen am Projekt Connect teilnehmen und wünscht eine Prognose. Die Waldorfschule sei in freier Trägerschaft und seine Fraktion könne mit dem Einsparvorschlag mitgehen, vor allem da es weitere Privatschulen in Ludwigsburg, ohne Förderung, gebe.

Stadträtin **Bilger** lobt die konsequente Aufgabenkritik und Ausgabenreduktion im Dezernat II. Ihre Fraktion sehe Probleme darin, die Aufsuchende Suchtpräventive Arbeit so zeitnah nach der Cannabis-Legalisierung zu streichen. ASPA sei günstig, wirksam und etabliert. Der Zuschuss solle mindestens für die nächsten zwei Jahre bleiben. Eine schlechte Signalwirkung sehe sie, wenn Abschlussveranstaltungen

außerhalb der Stadt stattfinden müssen. Den Schulen solle eine Liste über Alternativlocations innerhalb des Stadtgebietes zur Verfügung gestellt werden. Sie fragt, ob es eine Alternative zu dem bisherigen 1,--Euro Essen gebe. Zur LB-Card wünscht sie eine bessere Erreichbarkeit der Familien, um über weitere Bildungsangebote zu informieren. Der Beschluss im Gesamtpaket werde kritisch gesehen.

Die Einsparmaßnahmen seien im Wesentlichen nachvollziehbar, wenngleich diese schmerzlich seien, bedauert Stadträtin **Moersch** und hofft auf Verständnis der Betroffenen und der Stadtgesellschaft. Sie geht insbesondere auf den Wegfall der Aufsuchenden Suchtpräventiven Arbeit ein und fragt, ob alle Schulen dies künftig leisten können, vor allem nach der Cannabis Freigabe. Weiter geht sie auf das Projekt Connect ein und fragt nach der Anzahl der Teilnehmenden. Sie will wissen, was mit dem bisherigen Personal geplant sei. Die Einsparungen bei Schulabschlussfeiern und Schulaustausch werde kritisch gesehen. Die Schulausflüge seien wichtig für das Gemeinschaftsgefühl.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** spricht von einer großen Herausforderung. Er kritisiert die Abstimmung im Gesamtpaket. Die Auswirkungen der Sparvorschläge auf die Einzelmaßnahmen müssen genau betrachtet werden. Die Abschlussveranstaltungen sollen weiterhin im Stadtgebiet bleiben und er fragt nach kostengünstigen Räumlichkeiten. Zur Aufsuchenden Suchtpräventiven Arbeit wünscht er mehr Information zur professionellen Umsetzung künftig durch die Lehrkräfte. Er befürchtet, dass die abgesetzten Projekte mittelfristig die Stadt teurer zu stehen kommen. Die steigenden Kosten für das Essen in Schulen und Kitas könne nicht an die Eltern weitergegeben werden. Er fragt weiter, wie viele Personen durch das Projekt Connect erreicht werden. Die Jugendbegleitprogramme seien eine Freiwilligkeitsleistung und eigentlich eine Landesaufgabe, auch hierzu wünscht er Informationen über die Abrufzahlen. Ein Angebot für die Sozialberatung vor Ort solle vorgehalten werden, vor allem für Menschen mit Einschränkungen, sofern eine Weitervermittlung nicht gewährleistet werde. Durch die LB-Card finde Integration statt. Hierunter seien viele Angebote für junge Menschen. Seine Fraktion befürchte, dass mit der Reduzierung der Bezuschussung der Jugendmusikschule und der Kunstschule Labyrinth von aktuell 60 auf 40 Prozent die Gebühren erhöht werden und die Musikschule zu elitär werde. Mit einer Absenkung unter 50% könne seine Fraktion nicht mitgehen.

Das Thema sei schwierig, sagt Stadträtin **Dötterer**. Sie kritisiert allgemein, dass Familien immer weiter zur Kasse gebeten werden und diese sollen keine Verantwortung für das Stadtbudget tragen müssen. Sie geht auf die steigenden Essensbeiträge der letzten Jahre ein, wenngleich die Qualität ebenso angepasst werden müsse. Das Abstimmungspaket sei zu breit gefächert und solle nicht im Gesamten beschlossen werden.

Die finanzielle Situation sei schwierig, dennoch müssen Bereiche weiterlaufen und kosten weiterhin Geld, sagt Stadtrat **Taskin**. Er wünscht ebenso eine detaillierte Abstimmung.

EBMin **Schmetz** geht auf die offenen Fragen ein. Die Anregungen des Gremiums werden mitgenommen. Sie betont, dass Einsparungen erfolgen müssen, auch wenn die Kürzungen schmerzen. Sie geht auf einzelne Maßnahmen ein. Trotz des gestrichenen Zuschusses für Abschlussveranstaltungen käme es für die weiterführenden Schulen günstiger, da die Multifunktionshallen die Stadt umsonst

zur Verfügung stelle. Das Jugendbegleitprogramm des Landes gebe es weiterhin. Schulaustausche mit Partnerstädten seien nicht betroffen. Das Projekt Connect werde mit rund 30 Personen pro Abend besucht. Insgesamt werden 75 bis 100 junge Erwachsene angesprochen. Die Connect Mitarbeitenden haben sich damals auf ein befristetes Projekt beworben, wenngleich man fürsorglich unterstütze. Kinder im Bildungs- und Teilhabepaket zahlen für das Essen keinen Eigenanteil.

EBMin **Schmetz** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.